

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/2258 —**

**Ablehnung atomarer Kriegsführung durch die Bevölkerung der Bundesrepublik
Deutschland**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 23. November 1984 im Namen der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN aus Umfrageergebnissen der Bundeswehr bestätigen oder widerlegen, daß 1978 bzw. 1981 ein erheblicher Anteil der auskunftgebenden Befragten eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland befürwortete, daß aber etwa drei Viertel der auskunftgebenden Befragten eine Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland für den Fall ablehnten, daß Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt würden (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Internationales Forum, Band 3, München 1983, S. 62)?

Die Bundesregierung bestätigt die Aussage von Umfrageergebnissen, daß 1978 bzw. 1981 ein erheblicher Anteil der auskunftgebenden Befragten eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland befürwortete.

Die Bundesregierung hält es jedoch für unzulässig, die Frage nach dem Einzelaspekt „Nukleareinsätze auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland“ vom Gesamtkomplex der militärischen Verteidigung zu trennen. Darüber hinaus beruhen die Ergebnisse – wie aus der genannten Quelle hervorgeht – nicht auf repräsentativen Umfragen.

2. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß die derzeit gültige NATO-Strategie, die im

Kriegsfall den Einsatz von NATO-Atomwaffen gegen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland auch ohne sowjetische Atomwaffen-einsätze vorsieht, dem Mehrheitswillen der bundesdeutschen Bevölkerung widerspricht?

Die Bündnisstrategie, die auf Kriegsverhinderung durch Abschreckung zielt und die im Falle einer Aggression eine schnellstmögliche Kriegsbeendigung unter größtmöglicher Schadensbegrenzung zum Ziel hat, wird von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet.

3. Kann die Bundesregierung die Feststellung der GRÜNEN bestätigen oder widerlegen, daß der scheinbare Widerspruch einerseits der mehrheitlichen Verteidigungsbereitschaft unter der gültigen NATO-Strategie, andererseits der weitaus mehrheitlichen Ablehnung von Atomwaffeneinsätzen in der Bundesrepublik Deutschland dadurch erklärbar ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung das Wesen der NATO-Strategie nicht kennt und insbesondere einen Atomwaffen-einsatz gegen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland durch eigene oder verbündete Truppen nicht für möglich hält?

Für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hat sich die hier formulierte Suggestivfrage nie gestellt; aus der Sicht der Bevölkerung hat die NATO die Aufgabe, durch wirksame Abschreckung jede Art von Krieg zu verhindern.

4. Welche neueren Befragungsergebnisse zur gleichen Fragegruppe wie bei den Befragungen von 1978 und 1981 wurden vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr gewonnen, und wo sind diese veröffentlicht?

Befragungen wie diejenigen in den Jahren 1978 und 1981 wurden vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr nicht mehr durchgeführt. Die Bundesregierung verfügt aber über Resultate anderer Umfragen, die von den jeweiligen Meinungsforschungsinstituten veröffentlicht worden sind. Eine im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung seit 20 Jahren durchgeführte Umfrage zeigt, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird. Das Meinungsforschungsinstitut EMNID ermittelte für August 1984 eine Mehrheit von 90 % der Bevölkerung, die sich für das Verbleiben der Bundesrepublik Deutschland in der NATO ausspricht.